

# Englische Unfreundlichkeiten gegenüber Deutschland.

## Gegenmaßregeln gegen die deutschen Transferpläne?

London, 29. April. Den englischen Vorstellungen in Berlin in Zusammenhang mit dem Schulden dienst der Dawes- und Younganleihe wird von der Presse größte Beachtung gewidmet. Sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Dr. Schacht, sich die Angelegenheit noch einmal genauer überlegen werde. „Daily Telegraph“ steht in den Vorstellungen ein Zeichen, daß die englischen Behörden nicht davor zurückschrecken würden, einen Devisenausgleich einzurichten, falls die deutschen Bedingungen unangemessen sein würden. (Ein solches Devisen clearing würde eine Erleichterung oder Unmöglichkeit des Zustusses von englischen Werten nach Deutschland zur Folge haben, es würde praktisch jeder Handel aufhören. C. B.)

„Times“ schreibt: Das von den Deutschen geplante Vor gehen stütze sich auf die Auffassung, daß der Transfer von Rinszahlungen unmöglich sei, ohne die Stabilität der deutschen Währung zu gefährden, weil die Einschränkungsmaßnahmen der anderen Staaten Deutschland nicht mehr die Erzielung eines Ausfuhrüberschusses ermöglichen. Man könne allerdings hagen, daß die internationale Handelslage sich während der letzten vier Jahre berart verschlechtert habe, daß es Deutschland unmöglich geworden sei, seinen Schulden dienst in vollem Umfange zu erfüllen. Trotzdem bleibe die Tatsache bestehen, daß die deutsche Handelsbilanz in Wirklichkeit nicht eine Angelegenheit sei, über die Deutschland keine Kontrolle habe (?). Sie sei im Gegenteil weitgehend durch die Politik der Reichsbank und der Regierung beeinflusst. Es müsse klar sein, daß man von den Gläubigern Deutschlands kaum erwarten könne, ein willkürliches Vorgehen zu dulden (!), und daß eine glatte Verweigerung einer angemessenen Regelung unvermeidlicher Weise die Gläubiger zwingen würde, zu Gegenmaßnahmen zu greifen.

London, 30. April. „Sunday Referee“ veröffentlicht in größter Aufmachung eine Pariser Meldung, die die alten Märchen über angebliche deutsche Kriegsabsichten enthält. Das Blatt führt auch angebliche Äußerungen des Marschalls Pétain an, die dieser in einer Kabinettsitzung gemacht haben soll. Danach sei die französische Heeresleitung im Besitz von überzeugenden Informationen, daß Deutschland einen Angriffskrieg gegen Frankreich führen wolle (!) und es sei deshalb unmöglich, den Zugeständnissen zuzustimmen, die für Deutschland vorgeschlagen worden seien. — Auch „Observer“ hält es wieder einmal für notwendig, phantastische Behauptungen über „Deutschlands Luftbestrebungen“ aufzustellen.

Während derartige Vorwürfe gegen Deutschland gerichtet werden, meldet „Sunday Chronicle“, daß für die britischen Luftstreitkräfte 28 riesige Nachtbombenflüge in Auftrag gegeben worden seien, die „größter und schneller als irgend etwas, was bisher war“. Diese Flugzeuge könnten sich fast 500 Meilen von ihrer Station entfernen, ihre Bomben abwerfen und ohne Zwischenlandung auf ihren Flugplatz zurückfliegen. Sie erreichen überdies eine Höhe von 7000 Metern, so daß sie durch Flugabwehrgeschütze kaum noch wirksam bekämpft werden könnten.

Die französische Presse spricht von einer „Warnung“, die Deutschland erteilt worden sei.

## Zur deutsch-polnischen Annäherung.

Berlin, 29. April. Der Automobilklub von Deutschland hatte zum Sonnabend die in Deutschland weilende polnische Journalistengruppe zu einem Empfang geladen, den die Vertreter aller Reichsministerien bewohnten. Admiral a. D. Gladstich sagte es ginge jetzt um das gegenseitige Kennenlernen und um die gegenseitige Verständigung. Unter die vergangene Zeit sei ein Strich gezogen. Man habe auf beiden Seiten erkannt, daß beide Völker aufeinander angewiesen seien und man habe den festen Willen, nach dieser Erkenntnis zu handeln. Er schloß seine Ausführungen mit einem Hoch auf das polnische Volk, den Staatspräsidenten und Marschall Pilsudski. Chefredakteur Swiecicki, der Pressereferent des polnischen Staatspräsidenten, sang ein Loblied auf die deutsche Fliegerei. Er schilderte den Flug von Warschau nach Berlin. Man habe eine Entfernung in 2½ Stunden bewältigt, für die man sonst fast eine Tagesreise brauche. Die neue Fluglinie erleichtere das gegenseitige Näherkommen. So knüpfte die deutsche Tiednit heute das Band zwischen Deutschland und Polen, ein Band, das hoffentlich für alle Zeiten ein freundschaftliches Verhältnis zwischen beiden Ländern sichern werde. Ein Hoch auf das deutsche Volk, den Reichspräsidenten von Hindenburg und den Führer, ausgebracht von den Journalisten, bekräftigte die Worte Swiecickis.

## Italien denkt nicht an Abrüstung.

Rom, 29. April. Gestern fand die Eröffnung der neuen Abgeordnetenkammer statt. In der Thronrede betonte der König, Italien werde die friedliche Zusammenarbeit mit allen Völkern, besonders mit den benachbarten und mit jenen suchen, auf denen die künftige Entwicklung der abendländischen Kultur beruhe. Es wünsche für sich und Europa eine möglichst lange Friedenszeit. Aber „die stärkste Garantie für jeden Frieden beruht auf der Wirksamkeit unserer Streitkräfte“. Die Regierung werde die Schlagkraft der Streitkräfte sorgfältig vermehren und vervollkommen. Die Aufgabe werde erleichtert durch die militärische Ausbildung der Jugend. Das Kriegsmaterial müsse den heutigen Ansprüchen angepaßt werden.

## Antikriegspakt amerikanischer Staaten.

Buenos Aires, 29. April. Die Vertreter von 12 amerikanischen Staaten unterzeichneten einen Antikriegspakt, der eine Ergänzung zu dem 1933 von den W.C.-Staaten sowie Paraguay, Mexiko und Uruguay unterzeichneten Verträge darstellt. Die Staaten, die den jenseitigen Pakt unterzeichneten, sind die Vereinigten Staaten, Bolivien, Cuba, Ecuador, Salvador, Guatemala, Venezuela, Panama, Nicaragua, Honduras, Costa Rica und Haiti.

Belgrad, 30. April. Das viermotorige Ganzmetall-Flugzeug Generalfeldmarschall v. Hindenburg startete mit einer Gruppe von 12 südslawischen Journalisten am Montag um 9 Uhr zum Flug nach Berlin. Die Journalisten werden auf einer zehntägigen Rundreise die wichtigsten und schönsten Punkte Deutschlands besuchen.

## Barthou ist mit sich sehr zufrieden.

Paris, 29. April. Außenminister Barthou hat am Sonnabend nach zweitägigem Aufenthalt in Prag wieder verlassen.

Nach seiner Ankunft in Paris erklärte er der Presse folgendes: „Meine Mission ist durch keinen Schatten und durch kein Mißverständnis getrübt worden. Ueberall habe ich den Wert der treuen Freundschaften ermessen können. Nichts geht über persönliche Fühlungen. Ich habe in Pilsudski den Mann wiedergefunden, dem ich 1921 die Schlachtfelder an der Marne und an der Maas zeigte. Er hat mich als Freund empfangen. Wir haben um so nützlichere Arbeit geleistet, als wir uns keine Wahrheit erspart haben. Vor allem habe ich aber alle Probleme mit Außenminister Bede erörtert. Wir haben uns loyal und herzlich verstanden. Das Bündnis ist daraus gefestigt hervorgegangen. Polen ist eine Großmacht, die sich noch nicht in ihrer ganzen Größe gezeigt hat. In der Tschechoslowakei stand keine heikle Frage zur Erörterung. Masaryk und Benesch haben mir lange Audienzen gewährt, mit einer Freundschaft, die durch den Beifall des Volkes, der Frankreich galt, in ihrem Ausdruck und in ihrer Bedeutung nur noch unterstrichen wurde. Die Kleine Entente ist durch Bemühungen einer Propaganda, die alle Gelegenheiten auszunutzen sucht, nicht angekränkt. Sie bleibt fest und sie ist frei. Sie hat die französische Politik begriffen und billigt sie. Wenn wir wissen, was wir wollen, und wenn wir uns das sagen, haben wir eine Kraft, die die Verwegenheit bricht und die die heuchlerischen Mäntel (!) verweilt. Ich bringe von meiner für den Frieden unternommenen Reise einen ermutigenden Ausdruck des Vertrauens und der Sicherheit mit.“

## Der übliche französische Kommentar zu der Erklärung Neuraths.

Paris, 29. April. Die Erklärungen, die Reichsaussenminister v. Neurath abgegeben hat, werden vom „Journal“ bezeichnet als die Ankündigung, daß Deutschland nicht auf seinen Willen verzichtet, seine sämtlichen Klagen zu erhöhen (?). Nach „Matin“ seien die Erklärungen umso interessanter als man in ihnen die Schwierigkeiten, Sorgen und Hoffnungen der deutschen Politik erkennen könne. Die gesamt-politische Atmosphäre in Berlin werde bestimmt durch den Wunsch, die Rückkehr des politischen Fragenkomplexes nach Genf zu verhindern, wenn dies noch möglich sei. Man sehe in Berlin „französische Explosionen“ voraus und bemühe sich, sie zu vermeiden, ohne zunächst aber die erhoffte englisch-italienische Einheitsfront gegen den französischen Standpunkt verwirklicht zu sehen. Das Echo des Besuchs Savices in Rom und Brüssel scheine nicht dafür zu sprechen. Es könne Frankreich gelingen, in Genf, abgesehen von der Kleinen Entente auch Polen und vielleicht Rußland für die französische Politik zu gewinnen. Angesichts dieser Lage versuche Deutschland einen letzten Vorstoß. Wenn dieser es nicht ermöglichen sollte, im letzten Augenblick ein Abkommen zu erzielen, werde dies wenigstens die Vorbereitung für die Rechtfertigung des deutschen Fernbleibens von der Abrüstungskonferenz sein.

## Die unliebamen Emigranten.

Prag, 29. April. Das Blatt des Ministerpräsidenten, „Becer“, wendet sich mit besonderer Festigkeit gegen die Emigranten und Juden. Es schreibt: „Durch unsere Kampagne gegen das provokative Auftreten der deutschen Juden und Emigranten in Prag verfolgten wir nur eines: wir wollten den tschechischen Menschen aufpulvern und zum Selbstbewußtsein bringen, wir stellten uns gegen die absichtlichen Provokationen einiger deutsch sprechenden Personen — Personen, die sich dessen bewußt sein sollten, daß sie so in Deutschland nicht auftreten dürften! — Wir betonen neuerdings, daß wir uns keineswegs gegen die wirklichen Deutschen stellen, aber das wäre auch nicht notwendig; die richtigen Deutschen betrogen und betragen sich ruhig und anständig und ihr Auftreten ist immer unauffällig.“

Paris, 29. April. Der jüdische Emigrantenprofessor G u e b e l, der in Lyon unliebsames Aufsehen erregt hatte, weil er sich in die innere Politik des Gastlandes eingemischt hatte, ist seines Amtes — er hatte einen Lehrstuhl erhalten — entsetzt worden.

Berlin, 29. April. Nachdem die Grundgebühren für Fernsprechhauptanschlüsse um ¼ gesenkt worden sind, ist nunmehr auch beabsichtigt, den Tarif für Nebenstellenanlagen und Zusatzeinrichtungen umzustellen und ganz auf die Zahlung von Apparatebeiträgen zu verzichten. Die Reichspost ist gegenwärtig damit beschäftigt, das ganze Nebenstellenwesen, bei dem es noch eine Vielzahl von uneinheitlichen Vorschriften gibt, umzugestalten. Im Rahmen dieser Tätigkeit ist auch in Aussicht genommen, den Beitrag zu den Anlagekosten für Nebenstellen ganz zu streichen, nachdem der Apparatebeitrag bei den Hauptanschlüssen schon vor längerer Zeit beseitigt wurde.

Wien, 29. April. Die „Allnische Volkszeitung“ ist für die Zeit vom 29. April bis 7. Mai 1934 verboten worden.

Landau (Pfalz), 29. April. Der Landesproduktionshändler Trauth aus Herzheim, dessen Buchhalter Dilg, die Brüder Gib aus Herzheim bzw. Kaiserslautern und Rechtsanwalt Dr. Kaufmann aus Landau wurden wegen Devisenvergehens festgenommen. Die Ermittlungen haben ergeben, daß von elsfässischer Seite an der Amsterdamer Börse Aktien der Farbenindustrie im Nominalbetrag von 40 000 RM. gekauft und durch Vermittlung eines in Pöhlitz-Scheibenhart wohnenden Pfarrers an Dr. Kaufmann und die anderen genannten Personen abgegeben wurden. Die Aktien wurden dann zu dem höheren deutschen Kurs abgesetzt. Durch die Kursdifferenz wurden Gewinne bis zu 50 Prozent erzielt. Die Angelegenheit scheint noch weitere Kreise zu ziehen.

Belgrad, 29. April. Der bulgarische Ministerpräsident Muschanoff traf gestern auf der Rückreise nach Sofia hier ein, wo er eine halbe Stunde im Bahnhofrestaurant verbrachte. Außenminister Jestschik, der sich schon bereit gemacht hatte, den bulgarischen Ministerpräsidenten zu begrüßen, sah im letzten Augenblick von dieser Absicht ab, da die Belgrader Regierung über die Erklärungen Muschanoffs in Budapest hinsichtlich der Revision der Friedensverträge verstimmt ist.

## Die neue österreichische Verfassung.

Wien, 30. April. Die neue Bundesverfassung wird heute im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und tritt damit in Kraft. Sie beginnt mit den Worten: „Im Namen Gottes des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlichen deutschen Bundesstaat auf fester Grundlage diese Verfassung.“ In der Verfassung ist das Wort „Republik“ nicht enthalten. Sie ist noch vor dem Zusammentritt des Parlaments, das heute vormittag zu einer einzigen Tagung einberufen wurde, in Kraft gesetzt worden. Nationalrat und Bundesrat sind lediglich einberufen, um der Regierung nachträglich die Billigung zu geben.

Bei der heutigen letzten Tagung wurden die Eingänge auf das schärfste kontrolliert. Die Umgebung war völlig abgesperrt. Der von der Regierung ernannte Präsident Dr. Rame l eröffnete die Sitzung. Raum 70 Abgeordnete waren anwesend. Da die 72 Mandate der Sozialdemokraten erloschen sind, umfasst der Nationalrat gegenwärtig 91 Abgeordnete, davon 66 Christlich-Soziale, 6 Heimatblock-Abgeordnete, 9 Großdeutsche und 10 Landwähler.

Nach der Erklärung des Präsidenten gab der Abgeordnete der Großdeutschen Partei Dr. Jampl folgende kurze Erklärung ab: „Die Einberufung der Sitzung des Nationalrates ist nach der geltenden Geschäftsordnung verfassungswidrig. Weder die Regierung noch der Bundespräsident haben nach der Geschäftsordnung das Recht, die bisherige Tagung des Nationalrates zu schließen und eine Tagung einzuberufen. Unter den gegenwärtigen Umständen darf sich für die Regierung kein anderer Weg, als dem Bundespräsidenten die Auflösung des Parlaments vorzuschlagen und unverzüglich Neuwahlen auszuschreiben.“

Dr. Rame l erklärt, er habe sich der Auffassung der Großdeutschen Partei nicht anschließen. Die Sitzung des Nationalrates sei rechtmäßig. Ohne weitere Befragung des Hauses stellte der Präsident von sich aus fest, daß das Haus mit seiner Auffassung einverstanden sei und schloß die erste Sitzung. Der österreichischen Presse wurde mitgeteilt, daß die Veröffentlichung der Erklärung der Großdeutschen Partei für sie verboten sei.

In der anschließenden zweiten Sitzung nahm die Regierung mit Bundeskanzler Dr. Dollfuß und Bizekanzler Fey in voller Uniform an der Spitze, auf der Regierungsbank Platz. In der Diplomatensloge sah man nur den polnischen Geschäftsträger. Ohne Aussprache wurden die seit März vorigen Jahres erlassenen 471 Rotverordnungen und die neue Bundesverfassung dem Verfassungsausschuß überwiefen. Der Verfassungsausschuß trat sofort zusammen, um in einer Sitzung von kaum einer halben Stunde die 471 Rotverordnungen und die neue Bundesverfassung durchzuberaten und anzunehmen.

Die Großdeutsche Partei legte in einer langen Erklärung scharfen Protest gegen die Vergewaltigung des Volkes ein.

## Polizeiaktionen.

Wien, 30. April. Gestern wurden in Wien und allen Landeshauptstädten große Polizeiaktionen zur Sicherung der Ruhe am 1. Mai durchgeführt. In Wien allein wurden an 3600 Menschen in Schubhaft genommen. In den Straßen-Ländeln wurden 6 Wunden festgenommen. Unter ihnen befand sich eine Wunde, die bereits mit viel Dynamit in die Kanäle unter dem Haus der Vaterländischen Front eingebracht war. Die in die Tschechoslowakei geschützten Schubhändler wollen am 1. Mai an der Grenze Kundgebungen veranstalten. Der Sozialistenführer Otto Bauer soll die Aktionen leiten. Alle Schulkinder, sofern sie nicht krank sind, müssen an der Kundgebung am 1. Mai im Stadion teilnehmen. Die zahlreich eingegangenen Entschuldigungsschreiben werden zurückgewiesen.

In der Nacht zum Sonntag wurde auf das Haus des Sicherheitsdirektors von Oberösterreich, Baron Hammerstein, ein Bombenanschlag ausgeführt. Sämtliche Fenster-scheiben des Hauses wurden zertrümmert. Auch sonst wurde Sachschaden angerichtet. Angeblich soll der Sohn des Sicherheitsdirektors verletzt sein.

## Eine neue japanische Erklärung.

### Was tun England und USA?

London, 29. April. Wie Reuter aus Tokio meldet, stellt sich der japanische Minister des Auswärtigen, Hirota, neuerdings auf den Standpunkt, daß die aufsehenerregende Erklärung des Sprechers im Ministerium des Auswärtigen, die unter dem Namen der ostasiatischen Monroe-Doktrin bekannt geworden ist, „offiziell nicht existiere“. Die Grundlinien der japanischen Politik seien vielmehr dargelegt in der drei Tage nach dem Zwischenfall herausgegebenen Erklärung. Den Völkern von Großbritannien und den Vereinigten Staaten in Tokio sind schriftliche Mitteilungen des Außenministers zugegangen, die in diesem Sinn gehalten sind. Es handelt sich um eine Antwort auf den von Großbritannien mit Unterstützung der Vereinigten Staaten unternommenen freundschaftlichen diplomatischen Schritt.

London, 29. April. Der für Montag vorgesehenen Erklärung des Außenministers Simon zu dem diplomatischen Meinungsaustausch über die japanische Chinapolitik wird mit großer Spannung entgegen gesehen. „Sunday Times“ zufolge verlautet, nachdem Japan seine Erklärung sehr geändert habe, sei eine weitere britische diplomatische Aktion unnötig geworden.

## Witterungsaussichten

vom 30. April abends bis 1. Mai abends:

Für das mittlere Norddeutschland: Warm und überwiegend heiter, aber Gemitterneigung, schwache Stürme.  
Für das übrige Deutschland: Im ganzen Reich warmes und meist heiteres Wetter, jedoch vielfach drückende Gewitter.

Die heutige Nummer umfaßt 16 Seiten.

## Diensthabende Ärzte:

Aue: Dr. med. Müller, Wettinerstraße.  
Schneeberg: Dr. med. Welfe, Schulgasse.  
Neustädtel: Dr. med. Seemann, Bahnhofstraße.  
Söcknitz: Dr. Jekinger.  
Raschau-Rittersgrün: Dr. med. Beder.  
Diensthabende Apotheken:  
Aue: Marktapothek (mit Nachdienst).  
Schneeberg: Adler-Apothek.  
Schwarzenberg: Adler-Apothek (ab 8 Uhr m. Nachdienst).